

18.09.2023

WvD-Umfrage zur Bürokratielast: Sanitätshäuser haben kein Vertrauen in angekündigten Bürokratieabbau.

Laut einer WvD-Sonderumfrage bleibt die Bürokratielast in der Hilfsmittelversorgung weiterhin auf hohem Niveau. Zugleich schauen die Betriebe 2023 beim Thema Bürokratieabbau noch einmal deutlich pessimistischer in die Zukunft als im Vorjahr. Über 70 Prozent der antwortenden Unternehmen gehen davon aus, dass die Bürokratie künftig stark oder sehr stark zunehmen wird, 2022 lag dieser Wert mit etwa 50 Prozent noch deutlich niedriger.

Bereits die WvD-Branchenumfrage 2022 hatte die hohe Bürokratielast in der Hilfsmittelversorgung aufgezeigt. Damals waren fast 90 Prozent davon ausgegangen, dass die Bürokratiepflichten in Zukunft noch weiter zunehmen werden. Ein Wert, der nun bei fast 100 Prozent liegt. Mehr als zwei Drittel der Betriebe gaben an, mehr als 30 Prozent ihrer Arbeitszeit für Bürokratie aufwenden zu müssen. Die wichtigsten Bürokratietreiber sind dabei aus Sicht der Unternehmen weiterhin das Vertragswirrwarr mit den Krankenkassen (ca. 92 Prozent) sowie die Dokumentationspflichten gegenüber den Kostenträgern (ca. 86 Prozent).

„Das bereits geringe Vertrauen der Hilfsmittelversorger in die politischen Ankündigungen zum Bürokratieabbau schwindet“, kommentieren Kirsten Abel und Patrick Grunau die Ergebnisse der Umfrage. „Statt Klientelpolitik für Einzelakteure wie den Apotheken beim Engpassgesetz (ALBVVG) brauchen wir endlich eine grundlegende Reform und effektive Maßnahmen, um die gesamte Hilfsmittelversorgung von der erdrückenden Bürokratielast zu befreien. Nur so gewinnen wir wieder Zeit für die Versorgung unserer Patientinnen und Patienten und entlasten die Betriebe von unnötigen Kosten.“

Mit dem WvD-Reformkonzept **Versorgung sichern** lägen seit Anfang des Jahres konkrete Vorschläge für einen Bürokratieabbau u.a. durch die Einführung von Leitverträgen vor, so Abel und Grunau weiter. Darüber hinaus könnten mit weiteren Maßnahmen wie einem einheitlichen Mehrwertsteuersatz auf Hilfsmittel und einer Entschlackung der Dokumentationspflichten schnell Erleichterungen umgesetzt werden.

„Bürokratieabbau bedeutet mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten und weniger Kosten für Leistungserbringer, Kostenträger und damit am Ende für die Beitragszahlerinnen und -zahler“, betonen Abel und Grunau. „Den Ankündigungen der Bundesregierung müssen jetzt konkrete Taten folgen. Wir von „Wir versorgen Deutschland“ stehen hier für einen konstruktiven Dialog bereit.“

Weitere Ergebnisse der Umfrage können Sie der [Zusammenfassung](#) entnehmen.



Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Kirsten Abel

Generalsekretärin

Mobil: +49 (0)171 5 60 81 25

E-Mail: abel@wirversorgendeutschland.de

Patrick Grunau

Generalsekretär

Mobil: +49 (0)160 8 85 40 27

E-Mail: grunau@wirversorgendeutschland.de

Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitsservice GmbH, die Sanitätshaus Aktuell AG sowie der Verband Versorgungsqualität Homecare e.V.

Berliner Büro

Lützowstraße 102-104

10785 Berlin

Tel. +49 (0)30 33 93 35 63

E-Mail: info@wirversorgendeutschland.de

Internet: www.wirversorgendeutschland.de

BT-Lobbyregister-Nr.: R004824

Methodik

„Wir versorgen Deutschland“ stellte die Online-Umfrage seinen Mitgliedsverbänden zur Verfügung, die diese mittels Internet-Link an ihre Mitgliedsbetriebe weiterleiteten. Die Umfrage fand im August 2023 statt. Insgesamt haben 355 Unternehmen die Umfrage beantwortet. Mehrfachteilnahmen können dabei nicht ausgeschlossen werden. Teilgenommen haben dabei Betriebe aus allen 16 Bundesländern. Die Mehrheit kam dabei aus Nordrhein-Westfalen (ca. 21 Prozent), Bayern (ca. 16 Prozent), Niedersachsen (ca. 10 Prozent) und Hessen (ca. 9 Prozent). Die Prozentangaben im Text und ggf. Grafiken sind gerundete Angaben. Etwa die Hälfte der antwortenden Betriebe (circa. 48 Prozent) gaben an, zwischen 1-19 Beschäftigte zu haben, etwa 26 Prozent gaben an, über 20-49 Beschäftigte zu verfügen. Die übrigen Betriebe haben nach eigenen Angaben mehr als 50 Beschäftigte.